Nr. 100 | Oktober 2017

PAED OL

Gestaltung: Julian Kurzidim

Lehrkräfte haben vormittags recht, nachmittags frei und ständig Ferien? Urlaubsgrüße vom Schreibtisch!

Gegen Vorurteile: die Arbeitszeitstudie im Internet arbeitszeitstudie.gew-nds.de

Nach den Daten wollen wir Taten!

GEW

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Oldenburg-Stadt

Staugraben 4a | 26122 Oldenburg | Tel.: 0441 / 957 28 45 (Mi + Do 15:00 – 18:00)
www.gew-oldenburg.de

Inhalt

Abordnungswelle erreicht Oldenburger Schulen **3**
von Elfie Feller und Paul-Willem Schläfke

Bildungspolitischer Oldenburger Appell 4

Schulentwicklung – Oberschulen in Oldenburg **6**
von Heinz Bührmann, Elfie Feller, Werner Kähler, Marlies Ramien, Paul-Willem Schläfke

Wie geht es weiter mit Sprachlernklassen und Sprachförderung? **8**
von Hansjürgen Otto

GEW unterstützt kurdische Familie in der Türkei **9**
von Paul-Willem Schläfke

Schulpartnerschaft mit Schulen aus Kobane **10**
von Elfie Feller

Hier wäre der Platz für Deinen Bericht **11**

Stiftung *Bildung und Solidarität* **12**
Rechenschaftsbericht vor der JHV der GEW Oldenburg-Stadt

Was bietet UNICEF der Schule? **13**
von Horst Dethlefs

Der GEW-Kreisvorstand **14**
Adressen, Funktionen, Termine

Prävention der Radikalisierung junger Menschen **15**
von Heinz Bührmann

Veranstaltungshinweise **16**
Impressum

Abordnungswelle erreicht Oldenburger Schulen

Was ist los im Niedersächsischen Abordnungskarussell?

Die Lehrerversorgung wird durch die jährliche Statistik abgerufen. Wer lesen und rechnen kann, müsste daraus ableiten können, wie viele LehrerInnen an welcher Schulform im nächsten Schuljahr benötigt werden. Das ist die Aufgabe der PersonalplanerInnen in den Landesschulbehörden. In diesem Jahr hat sich die Personalplanung so lange hingezogen, dass die Abordnungsvorgänge die Schulen und Kollegien erst spät in den Ferien erreichte. Durch diese Abordnungen sollte vor allem die Unterrichtsversorgung der Grundschulen verbessert werden.

Entgegen der Befürchtungen der Gymnasiallehrkräfte erfolgten in Oldenburg keine Abordnungen von Gymnasien an Grundschulen. Vielmehr wurden „Unterrichtsüberhänge" einzelner Grundschulen an unterversorgte Grundschulen abgegeben.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich an den Oberschulen: Statistische Überhänge wurden unterversorgten Oberschulen zugeschlagen oder Grundschulen zugewiesen. Darauf konnten sich die Kollegien zwar spät - aber gerade noch rechtzeitig - einstellen. Nach der Auswertung der Schulstatistik wurden Anfang September – also einen Monat nach Schuljahresbeginn (!) - zwei Oldenburger Oberschulen mit einer drastischen Anzahl von Abordnungsstunden (140 ! Stunden) von der Landesschulbehörde konfrontiert. Dieses Verfahren beinhaltete vorrangig die Abordnungen an Grundschulen. Nach unserem Kenntnisstand erfolgten Oberschulabordnungen an neun Grundschulen.

Die Vorgehensweise der Landesschulbehörde bezüglich der aktuellen Abordnungswelle muss aus mehreren Gründen kritisiert werden:
Fast alle Abordnungen sind auf ein halbes Jahr begrenzt, so dass der Personalrat kein Mitbestimmungsrecht hat.

Nach Anlaufen des Schuljahres und der Festlegung des Stundenplanes und der Lerngruppenstärke wird mit dem Abordnungskarussell die pädagogische Arbeit an den Oberschulen eingeschränkt bis verhindert. Statistisch gesehen mag der Versorgungsschlüssel eine „Überversorgung" ergeben – um den pädagogischen Anforderungen entsprechen zu können, benötigen die Oberschulen eine deutlich höhere Unterrichtsversorgung. (S. auch Artikel zur Situation der Oberschulen)

Eine 100%-Unterrichtsversorgung an Grundschulen ist u. a. eine zentrale Forderung der GEW, um die Grundlage für die schulische Entwicklung der Grundschulkinder zu legen. Deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die darauf abzielen, in die Ausbildung der Lehrkräfte für den Primarbereich zu investieren. Teil-Abordnungen von anderen Schulformen können nur eine zeitlich begrenzte Ausnahme sein. Zum Gelingen der pädagogischen Profile an den Grundschulen tragen kurzfristige Abordnungen in keinerlei Weise bei und sind abzulehnen.

Elfie Feller, Paul-Willem Schläfke

Bildungspolitischer Oldenburger Appell

Eine Initiative der GEW-Oldenburg-Stadt unterstützt durch den GEW-Bezirksverband Weser-Ems.

Vorgeschichte:

Am 1. August trafen sich auf Einladung des GEW-Kreisverbandes-Oldenburg-Stadt die Oldenburger Landtagsabgeordneten der SPD und der GRÜNEN, der Vorsitzende des GEW-Bezirksverbandes Weser-Ems und Mitglieder des KV Oldenburg-Stadt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen (aus Sicht der GEW) zu verändernde Bedingungen im Bildungsbereich, u. a. Umsetzung der Inklusion, Arbeitszeit und Besoldung der Lehrkräfte, Stärkung des Personalvertretungsgesetzes, Lehrkräftegewinnung. Daraus resultierend sollten für die neu zu wählende Landesregierung (damals noch für den Januar 2018 angedacht) Forderungsbausteine in Form eines „Oldenburger Appells" auf den Weg gebracht werden. Kurze Zeit später hatten sich die Verhältnisse im Landtag derart verändert, dass schon am 15. Oktober gewählt wird.
Der Oldenburger Bildungsappell musste somit recht kurzfristig formuliert werden.

Als Missstände im Bildungsbereich stellen sich aus Sicht des GEW-Kreisverbandes-Oldenburg-Stadt und des GEW-Bezirksverbandes-Weser-Ems folgende Aspekte dar:

- Niedersachsen hält nach wie vor ein Bildungssystem vor, bei dem die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht die Art des schulischen Abschluss in unangemessener Weise bestimmt.
- Die inklusive Schule wird im Moment verordnet, aber nicht sachverständig eingeführt.
- Die Ausstattung und räumliche Qualität der Bildungseinrichtung hängt davon ab, wie solvent der jeweilige Träger ist.
- Niedersachsen hält nach wie vor daran fest, vermeintlich homogene Lerngruppen auf drei Leistungsniveaus zu bilden, anstatt dem Differenzierungsanspruch bezüglich der Unterschiedlichkeiten in der Schüler*innenschaft Genüge zu tun.
- Niedersachsen hält an einer Ausbildung für Lehrer*innen fest, die nach wie vor versucht, das althergebrachte Schulsystem abzubilden, anstatt durch jahrgangsbezogene Ausbildungsgänge die Studierenden und späteren Lehrenden zu einer qualifizierten Differenzierung zu befähigen.

An die zukünftigen Oldenburger Landtagsabgeordneten wurde der nachfolgende Appell verschickt, damit sich im Falle einer Regierungsbeteiligung diese Landtagsabgeordneten für die Forderungen der GEW nachhaltig einsetzen:

Oldenburger Appell

Die GEW-Oldenburg-Stadt hält die gegenwärtige Situation in der Bildungslandschaft Niedersachsens immer noch für unbefriedigend. Bezüglich der Bildungsentwicklung sind die Interdependenzen zwischen den unterschiedlichen Lernorten, Typen und Formen der einzelnen Einrichtungen konstituierend für ihre Strukturen. Wir wollen, dass folgende bildungspolitische Forderungen Einzug halten in die Arbeit der kommenden Landesregierung in Niedersachsen:

1. Niedersachsen entwickelt Perspektiven für ein Bildungssystem, das sich zunehmend inklusiv aufstellt. Eine Abkehr vom stark gegliederten Schulsystem ist zukünftig dabei zwingend erforderlich. Wir brauchen ein Konzept für „gute Schule", in dem Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Schulen sich zu Lernorten weiterentwickeln können, in denen die Lernbedürfnisse der Schüler und Schülerinnen im Mittelpunkt stehen und in dem multiprofessionelle Teams gemeinsam arbeiten. Innerhalb dieses langen Entwicklungsprozesses ist es unerlässlich, bestehende Strukturen in Frage stellen zu können.

2. Alle Bildungseinrichtungen (nicht nur Schulen) brauchen Freiräume, um sich weiterentwickeln zu können. Diese Freiräume beziehen sich auf die inhaltliche Arbeit und auf Unterrichts- und Schulorganisation. Innovative und engagierte Schulen benötigen ein unkompliziertes und zügiges Verfahren, um sich als Modellschule auf einen entsprechenden wissenschaftlich begleiteten und auszuwertenden Projektdurchlauf bewerben zu können. Die Ergebnisse werden zur Weiterentwicklung aller Schulen genutzt. Entsprechendes gilt selbstverständlich auch für Hochschulen.

3. Die demokratische Partizipation aller Beteiligten am Geschehen der pädagogischen Arbeit ist unabdingbar. Personal- und Betriebsratsarbeit müssen gestärkt und unterstützt werden. Die Schule muss wieder als Erfahrungsort demokratischer Prozesse fungieren. Aus diesem Grunde muss sichergestellt werden, dass alle inhaltlichen, organisatorischen und pädagogischen Entscheidungen, die sich auf die Beschäftigten und die Schüler*innen auswirken, demokratisch von den Beteiligten entschieden werden. Die Schulverfassung muss hierfür geändert werden.

4. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in einem Entwicklungsprozess. Die Arbeit und Unterstützungsmaßnahmen in den Schulen sind dabei auszurichten auf ihre regionalen und spezifischen Bedingungen vor Ort. Ein bisher einheitlicher Verteilungsschlüssel in Bezug auf zusätzliche Förderstunden wird den unterschiedlichen Anforderungen der Inklusion nicht gerecht.

5. Der Primarbereich legt die Basis für eine erfolgreiche Schullaufbahn und verdient daher eine höhere Wertschätzung hinsichtlich seines Bildungsauftrags, der sächlichen Ausstattung, der Stundenzuweisung und der Besoldung der Lehrkräfte.

6. Auch vorschulische Bildung muss einen höheren Stellenwert erhalten: Die Ausbildung/Qualifikation der Erzieher und -Erzieherinnen muss angehoben werden auf international gängige Standards. Die Entlohnung dieser Berufsgruppe spiegelt nicht den sozialen Stellenwert wider. Angleichung ist erforderlich.

7. Das Konzept „Gute Ganztagsschulen" muss ausgebaut und als Lernort weiterentwickelt werden, in dem Wissenserwerb, soziale Kompetenzen, musische und manuelle Akzente und Zeit für einander im Schulalltag zum Tragen kommen können.

8. Die Sprachförderung in den Schulen muss über den Besuch der Sprachlernklassen hinaus durch die Förderung der Schüler und Schülerinnen nichtdeutscher Herkunftssprache in Regelklassen so lange und intensiv durchgeführt werden, bis die Schüler und Schülerinnen sich in der deutschen Bildungssprache verständigen können.

9. Die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung ist neu zu ordnen: Die bisherigen Lehramtsstudiengänge sind zu einem (und nur zu einem) Studiengang mit dem Abschluss „Master of Education" zusammen zu führen. Innerhalb dieses (neuen) Studienganges sind Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, u. a. muss die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung vom Schulform- zum Jahrgangsbezug umgestellt werden.

10. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen müssen stabil und zuverlässig gestaltet werden: Der wissenschaftliche Mittelbau muss verlässliche und attraktive Arbeits- und Berufsperspektiven in Lehre, Forschung und Entwicklung bekommen.

Als Kandidatinnen / Kandidaten aus Oldenburg-Stadt und dem Umfeld erklären wir, dass wir uns dafür einsetzen werden, im Falle einer Regierungsbeteiligung die oben stehenden Forderungen der GEW in die Koalitionsverhandlungen einzubringen und zu unterstützen.

Bis zum Reaktionsschluss dieser Ausgabe hatten Ulf Prange, Hanna Naber, Holger Ansmann, Karin Logemann und Axel Brammer (SPD), Susanne Menge und Hans-Joachim Janßen (Bündnis 90 / Die Grünen) unterschrieben und beteuert, in ihren Parteien für diesen Appell zu werben.

Schulentwicklung – Oberschulen in Oldenburg

Im Mai 2017 veröffentlichte der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt eine Presseerklärung zur Inklusion und Integration im hierarchisch gegliederten Schulsystem. (Nachzulesen auf der Homepage des GEW-KV-Oldenburg-Stadt). Speziell die von der NWZ gewählte Überschrift „GEW will Oberschulen abschaffen" führte bei den Schulleitungen und in den Kollegien der Oldenburger Oberschulen zu sehr unterschiedlichen Reaktionen.
Das Ziel der GEW war und ist nicht die Diskreditierung der Arbeit an den Oberschulen. Vielmehr möchten wir die extremen Belastungen der Oberschullehrkräfte an den Oldenburger Oberschulen in den Blickpunkt rücken und uns für deren Entlastung einsetzen. Durch Austausch mit den Schulleitungen der Oberschulen und der Veranstaltung „Zukunft der Oberschulen" für die Lehrkräfte der Schulform am 5. September 2017 hoffen wir, wieder eine Gesprächsgrundlage für weitere gemeinsame gewerkschaftliche Aktionen gelegt zu haben.
Vor drei Jahren fand sich in der Gesetzesvorlage zur Ausgestaltung der Schulstruktur in Niedersachsen noch der Vorschlag, dass die Integrierte Gesamtschule ersetzende Schulform für alle anderen Schulformen sein könne. Damit verband sich bei der GEW – Kreisverband- Oldenburg - Stadt durchaus die Hoffnung, innerhalb der Stadt Oldenburg - unter Einbeziehung aller Schulen und auf den jeweiligen Stadtteil bezogen - inklusive Schulmodelle entwickeln zu können.(s. auch Antrag auf der Jahreshauptversammlung im Februar 2015, veröffentlich in PÄD-OL 97, im Juni 2015, zu finden auf unserer Homepage.) Nach Verabschiedung der Schulgesetznovelle ist die Integrierte Gesamtschule jedoch nur noch als ergänzende Schulform für Hauptschulen, Realschulen und Oberschulen vorgesehen. Für die Stadt Oldenburg bedeutet das: Neben den Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen bestehen weiterhin Oberschulen, die innerhalb ihres Systems teilweise wieder in Hauptschul- und Realschulklassen aufgliedern. Damit ist nicht nur eine Drei-, sondern praktisch schon eine Fünfgliedrigkeit des Systems gegeben!
Die Hoffnung, dass Bewegung in festgelegte Strukturen kommen könnte, ergab sich durch den Auftrag der Stadt Oldenburg, einen Schulentwicklungsplan für die kommenden 10-15 Jahre vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund erstellen zu lassen.
Die Oberschulen sind dem Organisationserlass verpflichtet und sollen über differenzierte Angebote zum Hauptschul-, Realschul- oder auch erweiterten SEK-I-Abschluss führen. Bei allen Bemühungen, die hervorragende Arbeit, insbesondere auch im Bereich der Berufsorientierung, nach außen zu tragen, muss in der Stadt Oldenburg festgestellt werden, dass Eltern für ihre Kinder möglichst das Gymnasium bzw. die Integrierte Gesamtschule wählen, um ihren Kindern vermeintlich bessere Zukunftschancen zu eröffnen. Dieses Wahlverhalten ergibt sich auch aus einem zunehmenden Imageproblem der Oberschulen, das sich bereits vor Jahren andeutete und auf das auch vor Jahren aufmerksam gemacht wurde.
Die „Schieflage" der Oberschulen in der Stadt und die Hoffnung auf Verbesserungen bzw. Änderungen durch ein Gutachten über die zukünftige Entwicklung der Schullandschaft führte zur Bildung einer Arbeitsgruppe innerhalb der GEW-Oldenburg, die sich zum Ziel gesetzt hat, auf die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen an dieser Schulform aufmerksam zu machen und sich für Entlastungen einzusetzen.

Die derzeitige Situation an den Oldenburger Oberschulen verlangt nach intensivster pädagogischer Handlungskompetenz, da

- in den 5. und 6. Klassen sich überwiegend Schüler und Schülerinnen der Leistungsgruppe 3 befinden,
- der Migrationshintergrund höher ist als in Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen der Stadt,
- Schüler und Schülerinnen aus den Sprachlernklassen zu früh ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Regelklassen wechseln müssen,
- viele der Flüchtlingskinder hochgradig traumatisiert und schulischen Lernvorgängen gegenüber kaum aufgeschlossen sind,

- die Oberschulen Rückläufer/innen aus den anderen Schulformen, Zuzüge usw. ständig aufnehmen können und müssen, ist auch ständig Bewegung in den Jahrgangsstufen. Konzepte können kaum durchgängig umgesetzt werden,
- die Perspektivlosigkeit in den eher sozial benachteiligten Elternhäusern Auswirkungen auf das Interesse der Eltern an schulischen Belangen hat. Lehrkräfte und SchülerInnen werden im schulischen Entwicklungsprozess von Elternseite kaum unterstützt.

Da der verhältnismäßig hohe Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an den Oberschulen der Stadt offensichtlich so gewollt ist oder mindestens hingenommen wird, muss in besonderer Weise auch auf die Belange dieser Schulen eingegangen werden. Sie haben die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler sprachlich fit zu machen und sie zu einem Abschluss zu führen, der es ihnen ermöglicht in eine Ausbildung zu gehen. Gelingt das nicht, erwächst daraus nicht nur ein schulisches, sondern ein gewaltiges gesellschaftliches Problem.
Die in diesem Zusammenhang spezifischen pädagogischen Herausforderungen können nur durch eine deutlich höhere Lehrerversorgung und Einsatz von Sozialpädagogen sowie Psychologen bewältigt werden. In bedarfsgerechten Lerngruppen könnten Grundsteine für eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt werden. Eine nur prozentual verbesserte Unterrichtsversorgung wird der besonderen, hier beschriebenen Problematik an den Oberschulen nur zu einem kleinen Teil gerecht. Zum Beispiel muss das Raumkonzept der Stadt Oldenburg für die Oberschulen den Bedarfen nach mehr Differenzierungsräumen mit entsprechender Ausstattung Rechnung tragen.
Die Oberschulen leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für unsere Gesellschaft. Wenn man bedenkt, dass etwa dreiviertel aller beruflichen Tätigkeiten nicht einer akademischen Karriere entspringen, sondern über das jüngst von der OECD gepriesene, „weltweit einmalige" Duale System (betriebliche Ausbildung + schulische Begleitung der Berufsbildenden Schulen) vorbereitet werden, dann spielen die Oberschulen eine zentrale Rolle in der Bildungslandschaft. Sie sind nämlich im Sekundarbereich I die einzige Schulform, die in ihrem Organisationserlass die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung vorsieht. Die Oberschulen in Oldenburg verfügen hier bereits über ausgereifte Konzepte, die bei konsequenter Umsetzung auch für den Wirtschaftsstandort Oldenburg von besonderer Bedeutung sind. Sollte dieses nicht mehr möglich sein, dann…
Kontakte der Arbeitsgruppe zum Schulentwickler Dr. Habeck, der Schulverwaltung und den Politischen Parteien haben zwar insbesondere auch bei den Politischen Parteien einen Veränderungswunsch der jetzigen Situation erkennen lassen, hinterließen aber eher den Eindruck, den Status Quo in der Schullandschaft bewahren zu wollen. Daher bleibt nach wie vor die große Frage: Warum und mit welchem Ziel wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben?
Solange die Schulstruktur in der jetzigen Form existiert, möchten wir durch die GEW-AG- „Schulentwicklung" Anstöße geben, wie die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und die Entwicklungsmöglichkeiten der Lernenden verbessert werden können. Dazu bedarf es im besonderen Maße des Austausches mit den betroffenen Lehrkräften, Schulleitungen sowie Politik und Wirtschaft.

Heinz Bührmann, Elfie Feller, Werner Kähler, Marlies Ramien, Paul-Willem Schläfke
für die Arbeitsgruppe „Schulentwicklung"
der GEW

Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung

Lernen für eine zukunftsfähige Welt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Flüchtlingskinder und -jugendliche in Oldenburg:

Wie geht es weiter mit Sprachlernklassen und Sprachförderung?

Hat jemand den Überblick?
Vor den Sommerferien wusste niemand Bescheid an den Schulen, weil die Landesschulbehörde sich bedeckt hielt. Vielleicht war auch sie ratlos. Denn die Anmeldezahlen für SchülerInnen und Schüler ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse reichten an vielen Schulen nicht mehr aus, die bisherigen Sprachlernklassen (mit einer Normgröße von etwa 16) im neuen Schuljahr weiterzuführen. Nur an zwei Grundschulen (Kreyenbrück und Haarentor) sollten Sprachlernklassen erhalten bleiben. Und an den Berufsschulen konnten, aufgrund der Überweisungen aus den Oberschulen, IGSen und Gymnasien, zwei Sprintklassen und fünf BVJ-Klassen eingerichtet werden – ihr Problem: die Flüchtlingsjugendlichen konnten vorher in den allgemeinbildenden Schulen vor Ende der Schulpflicht noch keinen Schulabschluss erwerben. Kann erwartet werden, dass sie das regelmäßig an den Berufsschulen nachholen? Wie könnte das erreicht werden???
Die Sprachlernklassen an den Gymnasien sind ausgelaufen oder laufen, soweit sie erst ein halbes Schuljahr bestanden, im kommenden Januar aus. Immerhin haben es dort einige der SchülerInnen geschafft, in die Regelklassen übernommen zu werden. Die anderen, soweit sie nach Beendigung der Schulpflicht nicht an die BBSen kamen, wurden an die Oberschulen verwiesen.
Ähnlich ist es an den IGSen: nur noch an der IGS Kreyenbrück bleibt eine Sprachlernklasse erhalten, an den beiden anderen IGSen sind sie ausgelaufen. Diese Schulen wären ja ideal für die Übernahme der SchülerInnen in die Regelklassen, weil ihnen dort noch das ganze Spektrum der schulischen Abschlüsse offenhalten wird. Aber weil die IGS-Klassen meist bis zur Obergrenze gefüllt sind, können hier wiederum nicht alle SchülerInnen aus den Sprachlernklassen in die Regelklassen übernommen werden.
Bleiben noch die Oberschulen. Nach den Ferien steht jedenfalls fest, dass an jeder eine Sprachlernklasse (an der OBS Ofenerdiek zwei) erhalten bleibt. Und dass die aus den Sprachlernklassen Entlassenen auch hier bleiben können, soweit sie die Schulpflicht nicht schon erfüllt haben.

Anfangs, als die großen Flüchtlingsströme kamen, waren die Sprachlernklassen das Mittel der Wahl, um den Flüchtlingskindern und -jugendlichen einen Weg in die Schule zu eröffnen. Nach der Einschätzung Vieler ist das in Oldenburg ganz gut gelaufen, dank der Bereitschaft vieler Lehrkräfte (man sollte vielleicht ergänzen: fast ausschließlich Lehrerinnen)und Schulen, dank der Hilfen von Sprachbildungszentrum und Stadtverwaltung, dank ebenfalls des Engagements vieler Ehrenamtlicher (nicht zuletzt ehemaliger Lehrkräfte). Es war aber klar, dass damit nur ein erster Schritt zur Spracherlernung und Integration getan werden kann. Integration setzt intensive und ständige gemeinsame Beschulung mit anderen SchülerInnen voraus. Sprachbeherrschung kann wohl nur ausgebaut werden, wenn sie gleichzeitig von professioneller Sprachförderung begleitet wird. Deswegen kann das Auslaufen der Erstmaßnahme Sprachlernklasse auch als Chance zum Aufbau der Dauermaßnahme Sprach- und Integrationsförderung gesehen werden.

Die Bedingungen für gutes Gelingen sind nur zum Teil erfüllt. Immerhin sollen an allen allgemeinbildenden Schulen immer dann Sprachfördermaßnahmen angeboten werden, wenn sie von mind. 4 SchülerInnen benötigt werden (das soll übrigens auch gelten für fachliche Fördermaßnahmen z.B. in Mathematik). Diese Vierergruppen kommen wohl an den kleineren Schulen nicht immer zusammen, und nicht immer sind dafür auch aus- oder fortgebildete Lehrkräfte vorhanden. An den weiterführenden Schulen kommt dazu, dass das Förderangebot innerhalb der Fremdsprachen-Bänder organisiert wird. Rechtlich ist das möglich, denn die Muttersprache kann als erste Fremdsprache für SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache angerechnet werden. Aber ist es wirklich sinnvoll, den Flüchtlingskindern und -jugendlichen die Fremdsprache Englisch deshalb

vorzuenthalten? Hier hätten sie vielleicht viel bessere Chancen, mit ihren deutschen MitschülerInnen gleichzuziehen.

Und ein weiteres – großes! - Problem: Gerade in den Oberschulen sammeln sich die jugendlichen Flüchtlinge. Und gerade vor den Oberschulen weichen deutsche Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder zunehmend zurück, weil sie bessere Bildungschancen für diese bei den Gymnasien oder IGSen erwarten. Die Oberschulen berichten, dass zunehmend mehr als die Hälfte ihrer SchülerInnen einen „Migrationshintergrund" haben – nicht nur, aber deutlich verstärkt durch die Flüchtlingswelle. Es fehlen dort zunehmend die hier schon fest integrierten und gut deutsch sprechenden Jugendlichen, die dann für die neu Zugewanderten Stütze für Integration und Sprache sein können.
Wir könnten jetzt schon wissen, dass die Oberschulen nicht allein die Hauptlast der Integration tragen können. Was können, was müssen wir tun, um die Integration gelingen und die Oberschulen nicht scheitern zu lassen?

Hansjürgen Otto

GEW unterstützt kurdische Familie in der Türkei

Der brutale Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung hat verheerende humanitäre Folgen. Krieg und Instabilität beherrschen die Türkei, allerdings nicht erst seit dem jüngsten Putschversuch des Militärs.
Menschenrechtsorganisationen sprechen von 400000 Binnenflüchtlingen seit Mitte letzten Jahres. Diese Menschen haben alles verloren außer ihrer Würde und ihren Widerstand gegen die Barbarei. Sie führen einen unermesslichen Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung, gegen jegliche Diktatur und sind weiterhin Angriffsziel des AKP-Regimes.
Die Berichte über die Zustände in der Türkei haben den Vorstand des GEW-Kreisverbandes Oldenburg-Stadt veranlasst, über eine Familienpatenschaft eine kurdische Familie zu unterstützen.
Birgit Zwikirsch von der OBS-Eversten hat uns einen kurdisch und türkisch sprechenden Übersetzer vermittelt, der nun den sehr regen Austausch mit Frau K. übersetzt. Wir unterstützen eine Familie mit drei Kindern, der Vater ist inhaftiert.
Familie K. bekommt von uns jeden Monat 150 €. Der Familie wird nicht vorgeschrieben, wofür sie das Geld ausgeben. Aus den Antworten von Frau K. kann man aber feststellen, dass nun die Familie wieder eine Wohnung hat und die Kinder zur Schule gehen können. Schwierig ist es für Frau K. aber weiterhin, da sie keine Arbeit findet.
Diese Unterstützung soll erst einmal ein Jahr gegeben werden. Was ist aber dann?

Vielleicht finden sich Mitmenschen, die bereit sind, dann die Familie K. weiter zu unterstützen - ich hoffe es!

Paul-Willem Schläfke

Wer mehr über dieses Thema erfahren möchte, kann über diese Internetseiten weitere Informationen erhalten:

www.youtube.com/watch?v=y7-Ap6A6GUA§t=21s
(Bericht von Patenschaften)

www.heyvasor.com/xwiskubira/

Schulpartnerschaft mit Schulen aus Kobane

Am 5. September 2017 startete im Rahmen des Projektes „Schule ohne Rassismus“ der 3. Spendenlauf zum Wiederaufbau der Schulen in Kobane / Nordsyrien. An diesem Spendenlauf beteiligten sich die SchülerInnen der IGS Helene-Lange, der OBS Eversten und zum ersten Mal auch SchülerInnen der IGS Flötenteich. Als Interessierte (und weil die GEW-Oldenburg dieses Wiederaufbauprojekt unterstützt) fand ich mich im Eversten Holz ein und war beeindruckt von der großen Teilnahmebereitschaft und dem Engagement der Verantwortlichen. Musikalische Darbietungen (Bläserklassen der IGS Helene-Lange und IGS Flötenteich), einfühlende Ansprachen, über das Projekt informierende SchülerInnen und gutes Wetter sorgten für unterstützende Rahmenbedingungen.

Dieses war der sehr positive Teil der geplanten Veranstaltungsreihe. Leider konnten die meisten der Vorhaben nicht umgesetzt werden, die mit sehr viel Einsatz vorbereitet wurden:

Im Rahmen des Wiederaufbauprojektes vereinbarten die OBS Eversten und die IGS Helene-Lange im letzten Jahr Schulpartnerschaften mit zwei Schulen in Kobane. Erstmals sollten auch Lehrkräfte aus Kobane die Partnerschulen in Oldenburg besuchen. Beabsichtigt wurden darüber hinaus Besuche im Bundestag, im Oldenburger Rathaus, öffentliche Informationsveranstaltungen über die Neu- und Umgestaltung des Bildungswesens in Nordsyrien. Doch trotz der Projektförderung durch das Niedersächsische Kultusministerium erhielten die syrischen KollegInnen keine Einreiseerlaubnis von der zuständigen Deutschen Botschaft! Die Gründe für die Ablehnung der Visaanträge sind für die Initiatoren des Projektes und die GEW nicht nachvollziehbar.

Die beteiligten Schulen wollen das Projekt weiter fortführen, wobei die GEW-Oldenburg-Stadt Unterstützung gewähren will. Für die bisher geleistete Arbeit möchten wir allen unseren besonderen Dank aussprechen und hoffen, dass die Motivation hinsichtlich dieses Projektes weiter aufrecht erhalten bleibt und sogar noch ausgebaut werden kann.

Elfie Feller
für den Kreisvorstand
der GEW-Oldenburg-Stadt

Kontakt:

www.obs-eversten.de / birgit.zwikirsch@obs-eversten.de
www. hls-ol.de / christian.katz@hls-oldenburg.de

Spendenkonten:

Empfänger: Schulen ohne Rassismus Oldenburg
IBAN: DE20 2805 0100 0023 1286 63
BIC: SLZODE22XXX
Verwendungszweck: Schulprojekt Kobanê

mit Spendenbescheinigung:
Empfänger: Stiftung Bildung und Solidarität
IBAN: DE73 2805 0100 0001 6479 32
BIC: SLZODE22XXX
Verwendungszweck: Schulprojekt Kobanê

Eine der 15 zerstörten Schulen in Koban

September 2015: wieder Unterricht in Koban

Hier wäre der Platz für Deinen Bericht

Liebes Mitglied
im GEW-Kreisverband-Oldenburg-Stadt !

Wir bemühen uns ausdrücklich darum, spezielle bildungspolitische Themen aus Oldenburg zu veröffentlichen. Wie in dieser Ausgabe zu ersehen, werden nicht alle schulischen, hochschulrelevanten oder pädagogischen Problembereiche aufgegriffen. Vieles kommt zu kurz oder erscheint gar nicht.

Die PÄD-OL sollte eine Zeitung für ihre Mitglieder und von ihren Mitgliedern sein.

Bitte helft uns dabei, Interessantes, Problematisches, Gelungenes aus Hochschule, Schule, pädagogischen Einrichtungen oder über das Leben im Ruhestand zu erfahren, damit darüber berichtet und diskutiert werden kann. Das können kurze Stichworte, SchülerInnenreportagen, Klagen, Fotos ….. sein.

Eine Mail an info@gew-oldenburg.de oder ein Anruf am Mittwoch und Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr unter 0441-9572845 genügt schon.

Vielen Dank im VORAUS für Deine Hilfe.

Der Kreisvorstand

Rechenschaftsbericht vor der JHV der GEW Oldenburg-Stadt

Im Jahr 2016 hat die Stiftung ***Bildung und Solidarität*** folgende Projekte unterstützt:
KIBUM-Projekt **Katarina Taikon** (Freundeskreis Sinti und Roma); **Filmreihen** „Oldenburg – Globale Stadt 6" sowie „Subsistenz vs. Landraub" (FilmRiss); Unterstützung des **„Schulprojekts Kobanê"** (Schulen ohne Rassismus OS Eversten und Helene-Lange-Schule).

Bildung und Solidarität
Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Dafür haben wir rund 3 000 € aufgewendet. Der allergrößte Teil davon (2 400 €) waren zweckgebundene Spenden aus Anlass von Schüleraktionen der Oldenburger Schulen ohne Rassismus zugunsten des Wiederaufbaus von Schulen in der zerstörten syrischen Stadt Kobanê.

Aus Zinsen des Stiftungskapitals und sonstigen Spenden hatten wir nur geringe Fördermittel, weshalb wir mehrere Anträge abweisen mussten und auch bei den genannten Projekten die Wünsche nur teilweise befriedigen konnten. Teilweise hat der GEW-Kreisverband eine zusätzliche Förderung aus seinem Haushalt beschlossen, soweit das mit den GEW-Aufgaben vereinbar war.

In den kommenden Jahren können wir weiterhin nur noch mit Zinseinnahmen in der Größenordnung von hundert Euro rechnen.

Wenn wir weiterhin als Unterstützer von förderungswürdigen Bildungs- und Kulturprojekten in Oldenburg präsent sein wollen, dann sind wir zunächst voll auf eure Spenden angewiesen. Wer unsere Stiftung mit Spenden fördert, kann diese Ausgaben steuermindernd geltend machen.

Wir – das ist der Stiftungsvorstand, der seit sechs Jahren aus Monika de Graaff, Axel Kleinschmidt und Hansjürgen Otto besteht.

Bildung und Solidarität
Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg
Tel. 0441 957 28 45
Stiftung@gew-oldenburg.de
www.gew-oldenburg.de/stiftung.php

Unser Spendenkonto:
Stiftung Bildung und Solidarität
IBAN: DE73 2805 0100 0001 6479 32
BIC: SLZODE22

Wir trauern um

DIRK HERBRECHTER

Mit Dirk verlieren wir einen überdurchschnittlich engagierten Kollegen, der uns in den letzten Jahren tatkräftig mit allen Mitteln unterstützt hat, um gegen Rassismus und Populismus in der Region in die Öffentlichkeit gehen zu können.

Schule und UNICEF

Was bietet UNICEF der Schule?

Für UNICEF stellen die Schulen im Engagement für die Kinderrechte die mit Abstand wichtigsten Partner dar. Entsprechend umfangreich und differenziert ist das Angebot, das UNICEF den Schulen bieten kann.

UNICEF stellt kostenlos zu verschiedenen Kinderrechtsthemen Unterrichtsmaterialien als Download zur Verfügung (www.unicef.de/schulen).

Materialien zum Thema „Bildung" sind zum Beispiel:

- Weltklasse! Bildung darf nicht warten (2017)
- Aktionsideen Bildung Lehrer
- Aktionsideen Bildung Schüler
- Aktionsideen Bildung Schüler
- Schülerinfo Bildung
- Uyen aus Vietnam
- Manjo aus Madagaskar
- Quiz Bildung

Weitere Materialien, auch Filme, die für den schulischen Einsatz geeignet sind, finden Sie unter www.unicef.de/informieren/materialien.

Schicken lassen kann man sich darüber hinaus das Grundschulpaket (3. und 4. Klasse) „Kinderrechte – Kinder der Welt" mit Schülerheften, Lehrerheft und weiteren Materialien. Das Ziel von UNICEF ist es, alle Grundschulkinder mit den Kinderrechten vertraut machen. Beratung zu den verschiedenen Unterrichtsmaterialien gibt UNICEF-Bildungsreferentin Marianne Müller-Antoine, Tel. 0221-93650-278, E-Mail: marianne.mueller-antoine@unicef.de.

Schüler/innen finden Anregungen für ihr Engagement unter www.unicef.de/youth. Das örtliche UNICEF-Juniorteam in Oldenburg ist unter info@juniorteam-oldenburg.unicef.de zu erreichen.

Über 700.000 € kamen im letzten Jahr durch Schülerläufe für UNICEF zusammen. Jede Schule erhält zweimal im Jahr eine Einladung von UNICEF und kann sich unter www.unicef.de/laufen für einen Lauf anmelden. Die Schule erhält ein Materialpaket mit Laufkarten, Urkunden, Flyern usw. Die Schüler suchen sich Sponsoren, die einen Beitrag pro gelaufene Runde spenden. Beratung gibt es bei UNICEF durch Beate Black, Tel. 0221/93650-275, beate.black@unicef.de. Die ehrenamtliche UNICEF-Arbeitsgruppe Oldenburg ergänzt diese Unterstützung vor Ort durch Unterrichtsbesuche oder Präsenz am Lauftag. Ansprechpartner dafür ist Horst Dethlefs, horst-dethlefs@t-online.de.

Eine Übertragung dieses Modells auf das Lesen befindet sich in der Pilotphase und soll 2018 gestartet werden. Auch hier ist Beate Black die Ansprechpartnerin.

Vorträge über die Arbeit von UNICEF und sein Wirken in bestimmten Krisenregionen lassen sich über die UNICEF-Arbeitsgruppe Oldenburg vereinbaren. Ansprechpartner dafür ist ebenfalls Horst Dethlefs.

Über die Aktivitäten der lokalen UNICEF-Arbeitsgruppe Oldenburg informiert die Homepage www.oldenburg.unicef.de

Horst Dethlefs, Oldenburg

Kreisvorstand GEW Oldenburg-Stadt

Stand: 28. September 2017

Vorstand

Heinz Bührmann	Uhlhornsweg 45 26129 Oldenburg	0441- 36 14 89 19 heinz57gew@ewetel.net	Vorsitzender
Paul-Willem Schläfke	Eichendorffstr. 12 b 26131 Oldenburg	0441- 7703057	Schatzmeister

Weitere Mitarbeit

Elfie Feller	Eichendorffstr. 12b 26131 Oldenburg	0441- 7775757 elfie-feller@gmx.net	
Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441- 7 15 46 Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Eva Bensch	Schulstr. 107 26180 Rastede	eva.bensch@ewetel.net	FG Senioren
Rolf Heidenreich	Am Tannenkamp 14 26935 Stadland	04732- 921070 rolf_heidenreich@web.de	
Ines Jäschke	Freiherr-vom-Stein-Str. 64 26129 Oldenburg	0441-36180421 Ines.jaeschke@web.de	Kontakt zum DGB
Helmut Morgenbrodt	Am Hayengraben 2 26133 Oldenburg	0441- 204058 jackmorgenbrodt@web.de	
Rita Vogt	An der Bleiche 25 26180 Rastede	04402-869921 Vogt.rita@ewe.net	FG nichtlehrendes Personal
Ute Scholz	Ammerkamp 20 26125 Wiefelstede	04402-961212 scholz@bbs-3-ol.de	

Büro

Merle Bührmann	Staugraben 4a 26122 Oldenburg	0441-9 57 28 45 Fax: 248 8004 info@gew-oldenburg.de	Verwaltung, Mittwoch und Donnerstag 15-18 Uhr (während der Schulferien nicht besetzt!)

Vorstand „Bildung und Solidarität“ Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Hansjürgen Otto	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441- 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	Sprecher
Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441- 7 15 46 Fax 0441-5702223 m.degraaff@t-online.de	
Axel Kleinschmidt	Graf-Spee-Str. 44 26123 Oldenburg	0441- 9694994 Axel.kleinschmidt@uni-oldenburg.de	

Der Kreisvorstand tagt monatlich außerhalb der Schulferien. Termin und Ort der Sitzungen werden auf der Homepage des Kreisverbandes bekannt gegeben:
www.gew-oldenburg.de/kvtermine.php.

Die Sitzungen sind öffentlich.

Prävention der Radikalisierung junger Menschen

Planung einer Veranstaltung zur Prävention von Radikalisierung junger Menschen im Februar 2018

Leitidee: Stärkung des Ich-Gefühls, des Selbstbewusstseins, der Identität.
Nur wenn bekannt ist, was die Ursachen und begünstigenden Faktoren für bestimmte Entwicklungen sind, kann etwas wirksam gegen unerwünschte Tendenzen unternommen werden. Es geht also darum, Maßnahmen zur intelligenten Vermeidung von Denk- und Gefühlsfallen zu entwickeln.

Die Radikalisierungsproblematik hat einen neuen Höhepunkt in der Form des Salafismus erreicht, der eine Extrem-Auslegung der Schriften des Koran benutzt, um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Religiöse Extrempositionen sind im Grunde nichts Neues: Es gibt sie in der christlichen (vielfältigen) Welt, in der z.T. wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert oder verboten werden, aber auch in der jüdischen Tradition der Orthodoxie in den anderen „Weltreligionen" sind ebenso Strömungen zu beobachten, die ein friedliches, tolerantes Miteinander von Einzelnen oder Gruppen nicht beabsichtigen.

Einen Aktionsplan gegen Intoleranz entwickeln

Daneben gibt es immer auch die politische Radikalisierung: So wünschenswert es ist, dass sich vermehrt junge Menschen für politische Entwicklungen interessieren und aktiv einsetzen, so problematisch ist andererseits die Gefahr, dass bestimmte, die Gesellschaft und ihre Kultur manifestierende Merkmale und Strukturen vorsätzlich oder fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden. Die Frage nach Gewaltlosigkeit ist nur eine von vielen. Auch bestimmte Inhalte und Themen „neuer Bewegungen" sind bedrohlich für die Modelle der humanistisch geprägten, demokratischen und pluralistischen Demokratien. Unterschiedliche Meinungen austragen und ertragen ist wichtig, Erkenntnisse zu verleugnen oder gar zu pervertieren ist eine (nicht gänzlich) neue zusätzliche Herausforderung.

Das Leugnen des Holocaust in der extremen Rechten, bei den „Neuen Rechten" das Ignorieren von wissenschaftlichen Erkenntnissen wie etwa Klimawandel, Migrationsforschung, Erkenntnisse der Friedensforschung, einige Prinzipien der parlamentarischen Demokatien (etc.), bei Populismus-Bewegungen das Arbeiten mit der (vermeintlich) vereinfachten Lösung komplexer Probleme, besonders in Verbindung mit gruppen-bezogenem Egoismus (Rassismus bzw. Chauvinismus) und/oder ökonomischer Prioritätssetzung vor humanistischer Perspektive.

Gewalt(bereitschaft) und Intoleranz ist ein Phänomen, das in allen Extremen zu beobachten ist: Auch die extreme Linke ist nicht frei von Problemen der Abgrenzung von unerwünschten Tendenzen, wenn auch mit behaupteter Zielsetzung der gesellschaftlichen Verbesserung (und tendenziell nicht gegen Individuen gerichtet).

Wie die Problematik der „fake news", der Disqualifikation journalistischer Arbeit als vermeintliche Demagogie umgegangen werden kann, würde diesen Rahmen sprengen. Nur kurz: das (freie) Internet als Daten- und Informationsquelle taugt nur bedingt (oder noch weniger, da hier keinerlei Verifizierung/Falsifizierung erfolgt.
Heinz Bührmann

DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

GEW-Kreisverband
Staugraben 4a
26122 Oldenburg

Veranstaltungshinweise

Jahreshauptversammlung der Bezirks-Fachgruppe Gymnasien
Donnerstag, 2. November 2017
ganztags im Hotel Acara, Oldenburg
Leitung: Sabine Nolte

Personalräteschulung für Schulpersonalräte der Oberschulen, Grundschulen und Förderschulen
Dienstag, 28. November 2017
von 9 bis 17 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle, Staugraben 4a, Oldenburg
Referentin: Wencke Hlynsdóttir

Personalräteschulung für die Schulpersonalräte der IGSen, KGSen und Gymnasien im Bezirk Weser-Ems
Dienstag, 5. Dezember 2017
von 9 bis 17 Uhr im Hotel Heide, Oldenburg
Referentin: Sabine Nolte

Die offiziellen Einladungen gehen den Schulen zeitgerecht zu.

Impressum

Herausgeber_in: GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Oldenburg-Stadt
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg, Tel. 0441/957 28 45
info@gew-oldenburg.de
Redaktion: GEW KV Oldenburg-Stadt
Gestaltung: Gegendruck
V.i.S.d.P.: Heinz Bührmann,Uhlhornsweg 45, 26129 Oldenburg
Druck: Gegendruck
Auflage: 1.600
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.